

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel - Einführung in das Gefahrenabwehrrecht	1
A. Gegenstand der Bearbeitung	1
B. Die geschichtliche Entwicklung des Polizeirechts	2
C. Einheits- und Trennungssystem.....	4
D. Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen.....	6
E. Sonderordnungsbehörden, Ordnungsbehörden, Vollzugspolizei	14
F. Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes.....	16
G. Allgemeine Aufgaben der Polizei; Zuständigkeiten	18
H. Trennung von Aufgaben und Befugnissen	21
I. Subsidiarität polizeilichen Handelns/Privatrechtsklauseln.....	24
J. Vollzugshilfe	29
K. Übertragung von Aufgaben und Befugnissen durch andere Rechtsvorschriften	31
I. Aufgabe der Strafverfolgung	32
1. Doppelfunktionalität der Polizei.....	33
2. Doppelfunktionale Maßnahmen der Polizei	34
II. Aufgabe der Ordnungswidrigkeitenahndung	40
III. Aufgabe der Straßenverkehrsüberwachung	43
L. Hoheitliche Aufgabenerfüllung und private Sicherheitsdienste	44
2. Kapitel - Prüfung einer Gefahrenabwehrmaßnahme.....	49
A. Problemkreise/Ebenen der Prüfung	49
B. Prüfungsschema in Bezug auf eine Gefahrenabwehrmaßnahme	51
C. Rechtsschutz.....	52
3. Kapitel - Polizeiliche Befugnisse nach den Polizeigesetzen	54
A. Eingriff in Grundrechte/Erfordernis einer Rechtsgrundlage	54
I. Spezialgesetzliche Eingriffsermächtigung	55
II. Präventivpolizeiliche Standardmaßnahmen.....	56
1. Anwendungsvorrang vor der Befugnisgeneralklausel	56
2. Rechtsnatur und Einteilung der Standardmaßnahmen.....	57
3. Maßnahmen der Informationsbeschaffung und -verwertung	60
a. Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht.....	60
b. Allgemeine Regeln der Datenerhebung; Ausweispflicht von Bediensteten ...	69
c. Einzelne Befugnisse	70
aa. Offene Bild- und Tonaufzeichnung; Videoüberwachung.....	71
a.) Videoüberwachung öffentlicher Veranstaltungen und Ansammlungen	71
b.) Videoüberwachung öffentlicher Flächen	73
c.) Offene Bildaufzeichnung zur Eigensicherung	78

d.) Einsatz von Kennzeichenlesesystemen bei Verkehrskontrollen	80
e.) Rechtsschutz.....	87
bb. Befragung.....	88
a.) Formelle Rechtmäßigkeit	88
b.) Materielle Rechtmäßigkeit	89
aa.) Befragung i.e.S.....	89
bb.) Personenkontrollen im öffentlichen Verkehrsraum	92
cc.) Rechtsschutz	94
cc. Prüfung von Berechtigungsscheinen	95
dd. Identitätsfeststellung (IDF).....	97
ee. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	108
ff. Verdeckte Datenerhebung durch besondere Mittel	116
a.) Längerfristige Observation.....	117
b.) Großer Lauschangriff	120
c.) Verdeckter Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen und -aufzeichnungen	129
d.) Telekommunikationsüberwachung (TKÜ)	131
e.) Online-Durchsuchung von Computern.....	144
f.) Quellen-Telekommunikationsüberwachung („Quellen-TKÜ“).....	152
g.) Abfrage von Telekommunikations- und Telemediendaten.....	155
h.) Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Leuten)	159
i.) Einsatz von verdeckten Ermittlern („VE“).....	159
j.) Polizeiliche Beobachtung („PB“) bzw. Ausschreibung	162
gg. Generalklausel zur Datenerhebung	164
d. Umgang mit Daten	166
aa. Speicherung, Übermittlung, Kennzeichnung	166
bb. Zweckbindung der erlangten Daten	168
cc. Datenabgleich, Rasterfahndung und Datenanalyse.....	171
dd. Übermittlung von Daten	184
ee. Verwertbarkeit rechtswidrig erhobener Daten	185
ff. Löschung, Berichtigung und Sperrung von Daten.....	186
gg. Benachrichtigungspflichten	186
4. Einschränkungen der räumlichen Bewegungsfreiheit.....	187
a. Vorladung.....	187
b. Kurzfristige Platzverweisung	192
c. Betretungs- und Aufenthaltsverbote	197
d. Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt	201
e. Ingewahrsamnahme (Festnahme) von Personen.....	207

f. Aufenthaltsvorgabe und Kontaktverbot.....	224
g. Elektronische Aufenthaltsüberwachung.....	224
5. Durchsuchungen und Sicherstellungen	226
a. Durchsuchung von Personen	226
b. Durchsuchung von Sachen	234
c. Betreten und Durchsuchen von Wohnungen	239
d. Sicherstellung (bzw. Beschlagnahme) von Sachen	257
6. Gefährderansprachen/Gefährderanschreiben und Meldeauflagen	276
7. Zusammenfassung und Abgrenzung zur Befugnisgeneralklausel	279
III. Befugnisgeneralklausel	281
1. Erfordernis einer generalklauselartigen Ermächtigung	281
2. Vereinbarkeit der Generalklausel mit dem Bestimmtheitsgrundsatz.....	282
B. Formelle Rechtmäßigkeit einer Gefahrenabwehrmaßnahme	284
I. Zuständigkeit der Gefahrenabwehrbehörde	284
II. Verfahren/Form/Begründung.....	287
1. Allgemeine Verfahrensvorschriften, insbesondere Anhörung	287
2. Besondere Verfahrensvorschriften.....	287
3. Form und Begründung.....	288
C. Materielle Rechtmäßigkeit der Gefahrenabwehrmaßnahme	290
I. Voraussetzungen der Rechtsgrundlage	290
1. Gefahr für ein Schutzgut der öffentlichen Sicherheit (oder Ordnung).....	290
a. Schutzgut „öffentliche Sicherheit“	292
aa. Unverletzlichkeit der Rechtsordnung	292
bb. Unverletzlichkeit der subjektiven Rechte u. Rechtsgüter des Einzelnen....	294
cc. Bestand des Staates und der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates oder sonstiger Träger der Hoheitsgewalt.....	295
b. Schutzgut „öffentliche Ordnung“.....	296
c. Gefahr eines Schadenseintritts	304
aa. Gefahrenbegriffe	304
a.) „Einfache“ (konkrete und abstrakte) Gefahr	304
b.) Gegenwärtige Gefahr.....	307
c.) Erhebliche Gefahr	307
d.) Gefahr für Leib oder Leben.....	308
e.) Gemeine Gefahr	309
f.) Dringende Gefahr.....	309
g.) Drohende Gefahr.....	310
h.) Gefahr im Verzug	313
i.) Latente Gefahr	314
bb. Störung und Schaden	315

a.) Störung als realisierte Gefahr.....	315
b.) Schaden	315
cc. Gefahrenlagen	316
a.) Objektive Gefahrenlage.....	316
b.) Subjektive Gefahrenlage (Anscheinsgefahr; Scheingefahr).....	316
aa.) Anscheinsgefahr.....	316
bb.) Putativgefahr (Scheingefahr).....	320
c.) Gefahrenverdacht (Verdachtsgefahr)	320
2. Konsequenzen einer nicht vorliegenden Gefahrenlage für die Falllösung	325
II. Einhaltung des Ermessensspielraums	327
1. Rechtsnatur des Ermessens; Opportunitätsprinzip	327
2. Entschließungsermessen; Auswahlermessen	328
a. Entschließungsermessen (Einschreitemessen)	329
b. Auswahlermessen	330
3. Ermessengrenzen und Ermessensfehler	330
a. Ermessensmangel (-nichtgebrauch; -unterschreitung)	330
b. Ermessensüberschreitung	331
c. Ermessensfehlgebrauch (Ermessensmissbrauch).....	333
d. Antizipiertes Ermessen auch im Gefahrenabwehrrecht?	333
4. Ermessensreduzierung auf Null	334
III. Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	338
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	338
2. Komponenten des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	338
a. Der legitime Zweck der Gefahrenabwehrmaßnahme	338
b. Geeignetheit der Gefahrenabwehrmaßnahme	339
c. Erforderlichkeit der Gefahrenabwehrmaßnahme	340
d. Die Angemessenheit der Gefahrenabwehrmaßnahme	342
3. Zeitliche Grenzen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	343
IV. Polizeirechtlich Verantwortliche (Störer).....	344
1. Übersicht über die Polizeipflichtigkeit	344
2. Verhaltensverantwortlichkeit und Zustandsverantwortlichkeit	345
3. Als Störer in Betracht kommende Personen/Personengruppen	346
a. Verhaltensverantwortlichkeit	348
aa. Das Verhalten als Anknüpfungspunkt für die Inanspruchnahme	348
bb. Der polizeirechtliche Verursacherbegriff	349
cc. Mehrheit von Verantwortlichen	351
b. Objektiv nicht gegebene Verantwortlichkeit	352
aa. Anscheinstörer	352
bb. Scheinstörer (Putativstörer)	354

cc. Verdachtsstörer	355
c. Minderjährige Verantwortliche	355
4. Zusatzverantwortlichkeit gegenüber Aufsichtsbedürftigen.....	356
5. Zusatzverantwortlichkeit gegenüber Verrichtungsgehilfen	356
6. Zustandsverantwortlichkeit	358
7. Begrenzungen der Verantwortlichkeit.....	365
8. Rechtsnachfolge in polizeiliche Pflichten	366
9. Mehrheit von Verantwortlichen (Störermehrheit)	366
10. Ende der Polizeipflichtigkeit/Rechtsnachfolge	372
V. Inanspruchnahme Nichtverantwortlicher („polizeilicher Notstand“).....	372
1. Einführung in die Problematik	372
2. Voraussetzungen	373
a. Gegenwärtige erhebliche Gefahr	373
b. Vorrangigkeit der Heranziehung des Störers.....	374
c. Vorrangigkeit behördeneigener Mittel	375
d. Keine Inanspruchnahme des Nichtstörers bei dessen erheblicher eigener Gefährdung und bei Verletzung höherwertiger Pflichten	377
3. Folgen einer Inanspruchnahme des Nichtstörers	377
D. Gefahrenabwehr außerhalb der Rechtsform des Verwaltungsakts	378
I. Abgrenzung zum Verwaltungsakt	378
II. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	378
III. Öffentliche Warnungen.....	378
E. Rechtsverordnungen (Gefahrenabwehrverordnungen)	380
I. Rechtsnatur und Bedeutung	380
II. Ermächtigungsgrundlage	382
III. Formelle Rechtmäßigkeit	382
IV. Materielle Rechtmäßigkeit	382
V. Die Rechtswidrigkeit der Polizeiverordnung und ihre Folgen	384
VI. Rechtsschutz gegen rechtswidrige Polizeiverordnungen	384
F. Rechtsnachfolge in polizeirechtliche Pflichten	386
G. Verwaltungsvollstreckung	389
I. Form und Funktion der Verwaltungsvollstreckung.....	389
II. Rechtsgrundlagen für die Anwendung von Zwang	390
III. Allgemeine Voraussetzungen der Vollstreckung.....	391
IV. Zwangsmittel.....	393
1. Zwangsgeld und Zwangshaft	393
2. Ersatzvornahme	394
3. Unmittelbarer Zwang	395
V. Rechtmäßigkeit des Verwaltungzwangs im gestreckten Verfahren	398

1. Allgemeine Voraussetzungen	398
2. Das Zwangsverfahren	404
a. Androhung des Zwangsmittels.....	404
b. Festsetzung des Zwangsmittels	405
c. Anwendung des Zwangsmittels.....	406
3. Abschlussfall	408
VI. Rechtmäßigkeit des Verwaltungszwangs im gekürzten Verfahren	410
1. Sofortvollzug vs. unmittelbare Ausführung	410
2. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	411
3. Schusswaffengebrauch durch den Polizeivollzugsdienst	412
4. Rechtsschutz gegen Zwangsmittel im Sofortvollzug	413
VII. Insbesondere: Unmittelbarer Zwang	416
1. Begriff und Bedeutung	416
2. Androhung.....	419
3. Anwendung des Zwangsmittels, insbesondere Schusswaffengebrauch.....	421
4. Abschlussfall	425
H. Kosten und Ersatzansprüche	426
I. Die Kostentragung der Gefahrenabwehr	426
II. Kostenersatzansprüche der Verwaltung.....	428
III. Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche des Adressaten	433
I. Abschleppen verbotswidrig abgestellter Kfz	440
4. Kapitel – Versammlungsrecht	453
A. Einführung	453
B. Begriff der Versammlung	459
C. Beschränkungen der Versammlungsfreiheit.....	477
D. Rechtfertigung von Beschränkungen auf der Grundlage des VersG.....	479
I. Öffentliche Versammlungen.....	481
1. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel	482
a. Grundrechtsschutz unter dem Gesetzesvorbehalt des Art. 8 II GG	482
aa. Das Versammlungsgesetz als spezialgesetzliche Regelungsmaterie	482
bb. Anmeldepflicht nach § 14 I VersG; Spontan- und Eilversammlungen	483
cc. Formelle Rechtmäßigkeit versammlungsrechtlicher Maßnahmen.....	486
dd. Materielle Rechtmäßigkeit versammlungsrechtlicher Maßnahmen.....	487
b. Bannmeilen und befriedete Bezirke.....	512
2. Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen.....	513
II. Nichtöffentliche Versammlungen.....	518